

# Bismarck-Forschung und Bismarck-Problem

Autor(en): **Muralt, Leonhard v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160309>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# BISMARCK-FORSCHUNG UND BISMARCK-PROBLEM

VON LEONHARD v. MURALT

Bismarck und das Deutsche Reich von 1871, Österreich-Ungarn und die Nachfolgestaaten wie auch Polen sind zum schwierigsten und am meisten umstrittenen Problem der neueren europäischen Geschichte geworden. Die Frage konnte nicht unterdrückt werden, ob denn nicht gerade der von Bismarcks führender Hand geschaffene Staat in seiner Entwicklung unter Wilhelm II. Wege eingeschlagen habe, die ihn selbst und mit ihm die europäische Welt in die Katastrophe unseres Jahrhunderts geführt habe, in einen Zusammenbruch, der alle europäischen Völker um ihre beherrschende Stellung auf dem Erdball gebracht hat und dessen Folgen noch nicht abzusehen sind.

Zunächst schien die Bismarck-Forschung auf dem besten Wege zu sein, sich auf das sichere Fundament umfassender Quellenpublikationen stellen zu können. In den Jahren von 1924 bis 1935 erschienen in Berlin *Bismarck, Die gesammelten Werke*, die sog. Friedrichsruher-Ausgabe, herausgegeben von besten Kennern des Materials und berufenen Forschern; die Bände 1 bis 6c enthalten die *Politischen Schriften*, vor allem von 1848 bis 1871, hg. von *Herman von Petersdorff* und *Friedrich Thimme*, die Bände 7 bis 9 die *Gespräche*, hg. von *Willy Andreas*, die Bände 10 bis 13 die *Reden*, hg. von *Wilhelm Schüssler*, der Doppelband 14 die *Briefe*, hg. von *Wolfgang Windelband* und *Werner Frauendienst*, und schließlich Band 15 *Erinnerung und Gedanke*, Kritische Neuausgabe auf Grund des gesamten schriftlichen Nachlasses, hg. von *Gerhard Ritter* und *Rudolf Stadelmann*, mit einer spannenden Einleitung über die Entstehung des berühmten Werkes. Alle Abteilungen bieten ungedrucktes Material, das ganze Werk aber nicht alles Schrifttum Bismarcks, das schon je einmal gedruckt worden ist. In manchen Fällen müssen noch die älteren Ausgaben mit herangezogen werden. Die politische Geschichte bis 1871 wurde durch die französische Publikation *Les Origines Diplomatiques de la Guerre de 1870/71*, in 28 Bänden, Paris 1910 bis 1930, *Die auswärtige Politik Preußens, 1858—1871*, in 10 Bänden, Oldenburg und Berlin 1932 bis 1945, doch unvollendet, und in den *Quellen zur deutschen Politik Österreichs, 1859 bis 1866*, in 5 Bänden, Berlin 1934 bis 1938, ebenfalls unvollendet, wie keine andere Periode erschlossen, die Politik des Reichskanzlers von 1871 bis 1890 in den 6 ersten Bänden der bekannten *Sammlung der*

*Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1890*, Berlin 1922, zugänglich gemacht. Damit war aber längst nicht alles Material erschöpft. Das umsichtige Buch von *Wolfgang Windelband, Bismarck und die europäischen Großmächte, 1879—1885*, Essen 1940, 2. Aufl. 1942, beruhte auf großen Beständen unveröffentlicher Akten. Gewiß hatte die «Große Politik» die Grundlinien richtig erkennen lassen, «wesentliche, das wirkliche Verständnis ermöglichende Züge» hatten aber gefehlt. Heute, da das Archiv des Auswärtigen Amtes noch nicht wiederhergestellt ist, bleibt es fraglich, ob weitere Detailuntersuchungen zur Geschichte Bismarcks im früheren Sinne noch einmal möglich sein werden. Die Forschung muß die Möglichkeit noch offen lassen. Zahlreiche Anthologien suchen Bismarck-Worte weiteren Kreisen zu erschließen. Eine der besten, die Auswahl von *Hans Rothfels: Deutscher Staat*, München 1925, soll neu aufgelegt werden. Die Leser der Monatshefte kennen *Robert Ingrims «Bismarck selbst»*<sup>1)</sup>.

Die Quellenausgaben stellten die Forschung und die Geschichtsschreibung erneut vor die Aufgabe, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfassen, zu verstehen und zu deuten. Der frühere Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht *Erich Eyck* konnte sein dreibändiges Werk *Bismarck* während des Krieges in London schreiben und in der Schweiz erscheinen lassen<sup>2)</sup>. In Deutschland selbst gelangte 1943 ein Lebenswerk zum Abschluß: *Arnold Oskar Meyer, Bismarck, Der Mensch und der Staatsmann*, erschien dann nur in wenigen Exemplaren, zugänglich 1944, und wurde schließlich mit einem *Geleitwort* von *Hans Rothfels* 1949 herausgegeben<sup>3)</sup>. Um diese beiden Werke entbrannte nun eine ungemein lebhaft und gehaltreiche Diskussion. «Die beiden Autoren haben einander nicht gekannt; dennoch liest sich das eine Buch wie die Widerlegung des anderen», bemerkte Gerhard Ritter. Dem Referenten ist der größte Teil dieser Diskussion dank der gütigen Aufmerksamkeit des Redaktors unserer Bücher-Rundschau zugänglich geworden<sup>4)</sup>. Zunächst fand das Werk von Eyck in der Tagespresse außerhalb Deutschlands weitgehend Anerkennung. Den Rezensenten schien es recht zu sein, daß in der gewaltigen Gestalt Bismarcks Hitler, den man noch fürchten mußte, das Todesurteil gesprochen wurde. Sie verkannten völlig, daß es keinen schärferen Maßstab gegen das nationalsozialistische Deutschland geben konnte als gerade Bismarck. Dann aber setzte bald die sachliche Kritik ein. Die meisten Forscher anerkennen zunächst die umfassende Quellen- und Literaturkenntnis Eycks. *Rothfels* rühmt, «der Verfasser beherrsche das Quellenmaterial im weitesten und angesichts unserer schwierigen Situation und der Bedingungen der Kriegszeit wirklich bewundernswertem Umfang. Das gleiche gelte

für seine Vertrautheit mit früheren Forschungen und mit der riesigen monographischen Literatur. Eycks Werk sei der Niederschlag von Jahren kritischen Studiums und immer wieder erneuerten Prüfens». *Gerhard Ritter* spricht von «der ersten großen, wissenschaftlich fundierten, auf kritischer Quellenforschung ruhenden Bismarckbiographie im Ausland», *Wilhelm Mommsen* anerkennt die «umfassende Kenntnis der Quellen und der Literatur», *Wilhelm Schüssler* bewundert die «Stoffkenntnis — allerdings mit Ausnahmen». Diese Urteile können, wie das Quellenverzeichnis und der Anmerkungs- teil selbst, den Eyck jedem Bande beigegeben hat, schwerwiegend in die Irre führen. Mit ihrem Lob haben die genannten Historiker eigentlich nur den quantitativen Umfang von Eycks Kenntnissen feststellen müssen, der unbestreitbar ist, sie haben damit noch nicht anerkannt, daß die Quellen richtig gelesen, sachgemäß ausgewählt und gerecht interpretiert seien. *Wolf Ulrich von Hassell* hatte schon mit vollem Recht erkannt, daß Eyck die Quellen vielfach umdeutet oder willkürlich verwendet und damit der gewiß komplexen Gestalt Bismarcks nicht gerecht wird. *Rothfels* gibt zu, «eine etwas idealisierende Beurteilung» des Werkes zu geben und deutet an, daß Eyck die Dinge immer gerne so darstelle, daß «semper aliquid haeret». *Ritter* nennt die Dinge schon deutlicher beim Namen: «Leider zeigt sich nun, sobald man an die Nachprüfung im einzelnen geht, daß fast überall auch die Eycksche Darstellung höchst einseitig ist: die Quellen sind oft unvollständig benutzt oder ihr Verständnis ist durch mancherlei Vorurteile verbaut. Besonders ärgerlich ist die unfaire Methode, auch fragwürdige Quellen zur Kritik zu benutzen, zwar abweisend, aber doch so, daß immer etwas hängen bleibt.» Dann läßt *Ritter* eine lange Reihe von nachweisbar falschen Mitteilungen Eycks folgen in Punkten, wo es sich nicht um eine Beurteilung und Deutung, sondern um saubere historische Feststellung handelt. In ähnlicher Weise stellt *Wilhelm Schüssler* einige wichtige Irrtümer oder Verzerrungen von Eyck richtig. Der Unterzeichnete möchte dazu aus eigener Verantwortung als Historiker Stellung nehmen.

Jeder Historiker muß aus der Fülle der ihm bekannten Quellen und Mitteilungen auswählen, das ist unvermeidlich, aber die Auswahl darf nicht, wie es bei Eyck immer wieder der Fall ist, willkürlich sein. Der Historiker muß bereit sein, die Quellen anzuhören und sie auch gegen seine persönliche Auffassung sprechen zu lassen. Vor allem aber dürfen Zitate nicht so aus dem Zusammenhang genommen werden, daß ihr Sinn ein anderer wird, als sie im geschichtlichen Gefüge gehabt haben. Wer neben der Darstellung Eycks fortlaufend die Quellen liest, erkennt, wie sie von Eyck oft nur unmerklich, oft stark verschoben werden, ja vielfach entstellt oder verzerrt, so daß das unheimliche Gefühl entsteht, man ver-

liere allen Boden unter den Füßen. Damit verbindet Eyck die fast auf jeder zweiten Seite feststellbare Gewohnheit, Bismarck irgend eine Voraussetzung zuzumuten, einen Gedanken unterzuschieben, der nur in Eycks Phantasie vorhanden ist, der in den Quellen keinen Anhaltspunkt hat. Der Referent möchte Eyck keineswegs einen Vorwurf daraus machen, daß er Jurist ist, im Gegenteil: Eine Bismarck-Biographie auf Grund klarer juristischer Begriffe wäre gerade in ihren staatspolitischen Teilen von großem Wert. Dann aber darf der Jurist nicht Ankläger, er muß Richter sein. Eyck läßt aber zu oft die Anklagen der Gegner Bismarcks zu Worte kommen, viel zu wenig den Angeklagten selbst, und wie es die Übung eines gerissenen Anwaltes sein mag, er nimmt die Worte des Angeklagten nicht ernst, er schiebt ihnen boshafte Absicht unter und nimmt ihnen damit ihr wahres Gewicht. Der Richter dagegen muß fähig sein, die Wahrheit in den Worten des Angeklagten zu erkennen. So muß schließlich die historische Forschung feststellen, daß Eyck drei Grundpfeiler gewissenhafter und verantwortungsbewußter historischer Arbeit zerschlägt: Einmal die einwandfreie, saubere Verwendung der Quellen, dann die Pflicht, Konjekturen sorgfältig zu begründen, sie auf alle Fälle als solche kenntlich zu machen, und schließlich die umfassende Berücksichtigung des geschichtlichen Zusammenhanges, in welchem Taten und Worte stehen. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß Aussagen von Eyck erst dann als historische Wahrheit anerkannt werden können, wenn sie nachgeprüft sind. Nur unter dieser Voraussetzung darf das stoffreiche Werk zur Urteilsbildung über Bismarck und die deutsche Geschichte herangezogen werden. Unter diesem Vorbehalt können wir auf das Problem der Urteilsbildung in der Geschichte eintreten.

Gegen die persönliche Gesinnung von Erich Eyck wollen wir keine Einwände erheben. Da historische Erkenntnis ohne persönliche Stellungnahme des Historikers gar nicht möglich ist, da sie «Wahrheit als Begegnung» ist, lautet die Frage, inwiefern sie unter dieser Bedingung doch den Anspruch auf wissenschaftlichen Wert machen kann. Ritter deutet es an, der Historiker müsse «die völlige Andersartigkeit der Bismarckepoche gegenüber der unsrigen zum Bewußtsein bringen». Gewiß, die drei starken Strömungen, die das politische Leben des 19. Jahrhunderts bestimmt haben, sind heute nicht mehr von derselben Bedeutung; wir meinen den Willen zum einheitlichen Nationalstaat, mit liberal-demokratischer, parlamentarischer Verfassung, die konservative, das ständische und das föderalistische Element festhaltende Politik, und daneben die Idee eines großen, föderativen mitteleuropäischen Reiches. Eyck stellt sich in den Grundzügen seines Werkes auf den Standpunkt der nationalen und liberalen Bewegung. Er mißt das Tun Bismarcks von einem

Maßstab aus, der erwartete, daß die nationale Einigung Deutschlands auf freiheitlichem und friedlichem Wege möglich gewesen wäre. Bismarck habe nun ganz wesentlich aus Standesinteressen, als preußischer Landjunker, und aus dem Willen zur Vorherrschaft des preußischen Militärstaates heraus diese Bewegung bekämpft und seinen Weg durchgesetzt. Nun macht *Rothfels* sehr richtig darauf aufmerksam, daß Eyck in einen Zwiespalt hineingerate, indem nämlich gerade die Nationalliberalen der 48er Zeit, die Gegner Bismarcks bis 1866, in ihren nationalstaatlichen Zielen weit über das hinausgehen wollten, was Bismarck in weiser Beschränkung auf die Möglichkeiten, die sich einer deutschen Einigung innerhalb des europäischen Staatensystems boten, tatsächlich erreicht hat. Beweisen könne man natürlich nicht, daß nur die gewaltsame Lösung durch die drei von Bismarck geführten Kriege möglich gewesen sei, immerhin lägen aber wichtige Anhaltspunkte vor, die Liberalen von 1848 hätten gar nicht ohne weiteres von Frankreich und England her Unterstützung erfahren.

Vom Standpunkt eines föderativen mitteleuropäischen Reiches aus, also von der Konzeption, die 1859 Constantin Frantz, der publizistische Gegner Bismarcks, entworfen hatte, lehnt heute der Münchner Historiker *Franz Schnabel* die von Bismarck geschaffene kleindeutsche Lösung ab. Ihm und Eyck gegenüber zeigen nun *Ritter*, *Schüsler*, *Mommsen* sehr bestimmt, wie das Werk Bismarcks durch das Erbe von 1848 bedingt gewesen war<sup>5)</sup>.

Die einbändige Bismarck-Biographie von *Arnold Oskar Meyer* beruht auf der Lebensarbeit dieses Forschers. 1927 hatte Meyer in einem starken Band *Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag zu Frankfurt (1851 bis 1859)* veröffentlicht, worin er neben den bekannten preußischen Quellen und den herrlichen Berichten und Briefen Bismarcks die österreichischen Stimmen nach den ungedruckten Akten der Wiener Archive zur Geltung kommen ließ. Dann leistete er einen unschätzbaren Beitrag zum Verständnis von *Bismarcks Glauben*, indem er die in Friedrichsruh erhaltenen «Lösungen und Lehrtexte der Brüder Gemeinde», die Bismarck seit 1864 bis zu seinem Tode täglich gelesen, erschloß und an Hand der Randbemerkungen und Anstreichungen von Bismarcks eigener Hand in diesen «Tagebüchern» zeigte, wie Bismarck sein ganzes Wirken in Verantwortung vor Gott verstanden und durchgeführt hat<sup>6)</sup>. Das abschließende Werk wurde von Dorpalen und Schüsler als ein Stück «Bismarck-Orthodoxie» bezeichnet. *Rothfels* bemerkt aber mit Recht in seinem Geleitwort, das Buch wolle «ohne apologetisch oder im engern Sinne Bismarckorthodox zu sein, in erster Linie erzählen». Wie vor 50 Jahren *Erich Marcks* in minutiöser Einzelforschung gleichsam von Haus zu Haus den noch vorhandenen schriftlichen,

gegenständlichen und persönlichen mündlichen Überresten und Überlieferungen über Bismarck nachspürte, so baut Meyer eine eigentliche Biographie auf<sup>7)</sup>). Er geht vom Persönlichsten, vom Privatleben Bismarcks aus, zeigt mit großem Recht, daß der Gatte und Vater kein anderer ist als der Staatsmann und es für ihn nicht eine Privatmoral und eine Staatsmoral gibt, und läßt ihn dann in das öffentliche Leben, in die Geschichte hineinwachsen. Aber auch diese ist immer von Bismarck selbst aus gesehen, insofern also nicht so objektiviert, wie es heutiges geschichtliches Fragen erwartet. Darin liegt der Vorzug und die Grenze des Werkes. Gerade aber vom Willen zur geschichtlichen Wahrheit aus muß gefragt werden, wer Bismarck selbst war, was er selbst wollte, wie er sich selbst und sein Werk verstand. Erst nachher kann geprüft werden, ob von außen gesehen das alles ein ganz anderes Gesicht habe. Eine wahre Erkenntnis und ein gerechtes Urteil über Bismarck ist also ohne die biographische Genauigkeit, mit der Meyer gearbeitet hat, gar nicht möglich.

Auf Grund der erwähnten Hauptwerke und der an ihnen geübten Kritik, wie an Hand einer Reihe von Einzeluntersuchungen und dank mündlicher Zusammenarbeit mit führenden Bismarck-Forschern möchte der Referent hier versuchen, einen knappen sachlichen Überblick über den Stand der Forschung und der Probleme zu geben. Dabei sei die merkwürdige Beobachtung vorausgeschickt, daß jede bis ins kleinste Detail vordringende Einzeluntersuchung sich in ihrem Ergebnis zu Gunsten Bismarcks auswirkt und ihn meistens von den gegen ihn erhobenen Anklagen freizusprechen vermag.

In Eycks Augen war es Bismarcks schwerste Sünde, daß er preußischer Landjunker war, also wirtschaftlich am Großgrundbesitz und am Gutsbetrieb festhielt, eine ständische Ordnung der Gesellschaft gegen die revolutionären Grundsätze verteidigte und schließlich die Stellung der Krone relativ — gewiß nicht absolut — möglichst selbständig zu machen und immer zu stärken suchte gegenüber dem doch für das 19. Jahrhundert zeitgemäßen parlamentarischen System.

Leider gibt es meines Wissens keine Wirtschaftsgeschichte Bismarcks. Sie müßte zeigen, daß der Gutsbetrieb in der Hand eines seine Wirtschaft selbst führenden Herrn seit der Wandlung der Agrarverhältnisse um 1800 die lebensfähigste und entwicklungsfähigste Form war, deren Preisgabe eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für vier Fünftel der Bevölkerung Norddeutschlands gebracht hätte. So war das Junkertum das Fundament der sozialen, wirtschaftlichen und auch staatspolitischen Ordnung in Preußen, die noch 1848 von den Bauern durchaus anerkannt wurde. Niemand würde es heute in der Schweiz wagen, die Stellung der Landwirt-

schaft, wie sie sich seit 1914 entwickelt und gefestigt hatte, so, daß sie heute in einem gewissen Sinne ebenfalls einen privilegierten Platz einnimmt, wieder zu erschüttern und damit die wirtschaftliche Landesverteidigung zu gefährden. Jedermann weiß heute, daß die Charaktereigenschaften des Bauern: Bodenständigkeit, zähes Festhalten am Besitz, hartnäckiger Kampf um einen gewinnbringenden Ertrag usw. gewiß nicht für alle bequem sind, jedoch die unentbehrliche Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft, einer starken Armee, eines kräftigen politischen Gemeinwesens bilden. Das dürfte also auch dem pommerschen Landwirt gegenüber recht und billig sein.

Nun habe aber Bismarck als pommerscher Gutsbesitzer nie das für den deutschen Staatsmann nötige Verständnis der modernen industriellen Entwicklung aufgebracht und immer binnenländisch gedacht. Seine Stellungnahme zu den Zollverhandlungen der 50er Jahre zeigt schon deutlich, daß er über allgemeine wirtschaftliche Probleme vollkommen im klaren war, seine Bemühungen um die Eingliederung der Hansestädte in die Zolleinheit seit 1879 waren aus dem Bestreben, die ganze Wirtschaftskraft des Reiches zusammenzufassen, mitbestimmt<sup>8)</sup>. Er habe aber hartnäckig an ständischen Vorurteilen festgehalten. Dagegen verwahrt er sich ausdrücklich selbst in «Erinnerung und Gedanke». Was er aber 1848 zunächst an ständischen Einrichtungen festhielt, waren gerade die Sicherungen der wirtschaftlich Schwächsten dank dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Herrn und Gutstagelöhnern. Völlig verfehlt sei sein Kampf gegen die Sozialdemokratie gewesen. Da darf nicht vergessen werden, daß die streng marxistisch denkenden deutschen Sozialisten die gesamte Gesellschaftsordnung, die ständische wie die bürgerliche, bekämpften. Es besteht die Frage, ob es Bismarck nicht irgendwie klar gewesen ist, daß in den deutschen Landen der Sieg der roten Revolution zum kommunistischen Totalitarismus führen müsse, der viel mehr die liberalen Errungenschaften des preußischen Staates schon seit 1807 und dann seit 1848 bedrohte als die Reste einer monarchisch-ständischen Ordnung. Wir möchten wünschen, daß *Hans Rothfels* diese Fragen klären werde. Sicher ist, daß Bismarcks Vorschläge zur aktiven Sozialpolitik weiter gingen und eine stärkere Verantwortlichkeit des Gemeinwesens den Hilfsbedürftigen gegenüber forderte, als es dann der Reichstag unter Mitwirkung gerade der Nationalliberalen zuließ. Bismarcks aus den heimatlich-landwirtschaftlichen Verhältnissen erwachsener Patriarchalismus hätte sich im Gesamtstaat stärker im Sinne unserer heutigen Auffassung des Wohlfahrtsstaates ausgewirkt, als es das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts wollte. Schließlich habe Bismarck verständnislos den Parlamentarismus bekämpft. Auch in dieser Frage versäume



man nicht, den richtigen Maßstab zu bilden. Die heutige demokratisch-parlamentarische Regierungsform in England brauchte, wenn man nur von 1628, der Petition of Rigths, bis 1918, dem allgemeinen Wahlrecht, zählt, dreihundert Jahre zu ihrer Ausbildung. Ob das französische System so funktioniert, daß es dem Lande schwere Krisen erspart, ist heute noch nicht gewiß. Die amerikanische Demokratie beruht auf den einzigartigen Voraussetzungen der Neu-England-Staaten seit 1630. In Deutschland begann eine entsprechende Entwicklung erst mit der Reformepoche in Preußen, 1807 bis 1813, wurde aber durch die allgemeine Reaktion zum Stillstand gebracht, setzte 1848 wieder ein und führte zur konstitutionellen Monarchie, zu der England vom 14. bis zum 18. Jahrhundert Zeit gehabt hatte. Bismarck stellte sich seit 1848 streng auf den Boden der Verfassung, die er nicht geschaffen hatte. Das berüchtigte Dreiklassenwahlrecht begünstigte zunächst gar nicht die Junker, sondern die bürgerlich-liberalen Gruppen im Landtag. Bismarck befürwortete von Frankfurt aus 1858 in Gutachten an drei verschiedene maßgebende Persönlichkeiten dringend, die parlamentarische Mitarbeit in der Außenpolitik zu beleben. Gerade die zunächst liberalen Ratgeber Wilhelms I. konnten aber den echten Verfassungskonflikt nicht vermeiden. So wurde Bismarck bei seiner Berufung 1862 vor das falsche Entweder-Oder gestellt: Monarchie oder Parlamentsherrschaft. Das bedeutete damals in Preußen dasselbe, wie wenn heute in der Schweiz ein Entweder-Oder zwischen Nationalrat und Ständerat gefordert würde. Der Monarch war verfassungsmäßig genau so ein Faktor in der Gesetzgebung wie bei uns der föderalistische Ständerat. In den 70er Jahren bereitete sich der Reichskanzler darauf vor, nach dem zu erwartenden Regierungsantritt Friedrichs III. die Verfassung im Sinne stärkerer Mitwirkung des Parlaments umzugestalten. Seinem alten Herrn konnte er diese Umgestaltung aber nicht zumuten. Die Forschungen von *Otto Becker* über die Verfassungsgeschichte des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches von 1871 werden erst ein sicheres Urteil über die Innenpolitik Bismarcks erlauben. Wie sorgfältig Bismarck schon bei der Gestaltung des Norddeutschen Bundes die föderalistischen Wünsche beachtete und dahin strebte, Preußen eine dienende Stellung zu geben, zeigt Beckers vorläufig veröffentlichte Untersuchung *Wie Bismarck Kanzler wurde* <sup>9)</sup>. Meyer zeigt S. 665, daß der Vorwurf, Bismarck habe sich keinen Nachwuchs herangebildet, ungerichtet ist. Sein Sohn Herbert, dann Schweinitz, Radowitz, Graf Hatzfeldt, Prinz Reuß hätten seine Außenpolitik richtig fortführen können. Den Kulturkampf hat Bismarck selbst als Fehler erkannt. Seine tiefe innere sachliche Problematik ist heute in der Schweiz noch nicht überwunden. *Fritz Hartung* hat gezeigt, wie Bismarcks

rücksichtsloses Vorgehen gegen den Grafen Harry Arnim aus der allein von ihm getragenen Verantwortlichkeit in der Führung der auswärtigen Politik begründet war<sup>10)</sup>.

Bismarck hatte aber doch in rücksichtsloser Offenheit kurz nach Amtsantritt 1862 in der Budgetkommission erklärt, «nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut»<sup>11)</sup>. Damit wollte Bismarck die Parlamentarier in die wirkliche Politik einführen und nichts anderes ins Auge fassen, als was Ochsenbein, Furrer und alle andern an der Tagsatzung von 1847 gegen den Sonderbund wollten, als was Lincoln gegen die Südstaaten tun mußte, sollte die Union nicht auseinanderbrechen. Wie Ludwig von Rochau in seiner 1853 erschienenen Schrift den Begriff der «Realpolitik» «entdeckt» hat, welche Realpolitik Cavour führte, wie der Leiter der Wiener Politik, der Graf Buol die Diplomatie «revolutionierte», zeigt in einer meisterhaft scharfsinnigen Untersuchung *Siegfried A. Kaehler*<sup>12)</sup>. Sie schafft wie wenige Spezialuntersuchungen den allgemeinen Rahmen für das Verständnis Bismarcks. Daß Bismarck keineswegs einfach um jeden Preis den Krieg gegen Österreich herbeiführen wollte, sondern bis zuletzt zu einer Verständigung bereit war, die den beiden deutschen Großmächten, Österreich und Preußen, die Gleichberechtigung in Deutschland gebracht hätte, den sog. «Dualismus», beweist in umfassender Kenntnis der Dinge *Otto Becker*<sup>13)</sup>. Aber dann habe doch Bismarck in ausgesuchter Perfidie durch die spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern das Frankreich Napoleons III. «herausgefordert». Mit Recht betonen aber *Gerhard Ritter* und *Wilhelm Schüssler*, daß 1870 zwei diplomatische Offensiven aufeinandergestoßen seien<sup>14)</sup>. Napoleon III. suchte eine französisch-italienisch-österreichische Allianz zustande zu bringen. «Es wäre von Bismarck eine schwere Pflichtverletzung gewesen, wenn er gegen diese Gefahr nicht eine diplomatische Stütze gesucht hätte» (Schüssler). Wenn auch die Versuche der Annäherung an Österreich und Italien zunächst zu keinen greifbaren Ergebnissen führten, so darf man doch wohl kaum von einem «isolement de la France» und davon sprechen, daß «Bismarck a pris l'offensive diplomatique»<sup>15)</sup>. Die Diplomatie Napoleons III. war seit 1853 ständig offensiv gewesen und hatte auf alle Fälle den Gebietszuwachs Savoyen und Nizza eingebracht, bevor sich Preußen irgendwie hatte rühren können, während Österreich bereits die Lombardei verloren hatte und bald darauf Venetien verlieren sollte. Wenn man gegenüber der deutschen Politik Preußens die Ordnung von 1815 ins Feld führt, dann muß dieser Maßstab auch für Frankreich gelten. Daß die Emser Depesche keine Fälschung war, muß man heute nur noch

Sensationsskribenten gegenüber erklären. Keine Regierung eines noch so friedlichen republikanisch-demokratischen Staates veröffentlicht interne Verhandlungen. Bismarck konnte von den Vorgängen in Ems der Öffentlichkeit das mitteilen, was sachlich richtig war. So war die Forderung des Herzogs von Gramont, König Wilhelm solle eine Garantie für die Zukunft geben, «une faute», «une exigence» (Droz, Hauser). Hatte sie nicht in erster Linie einen provokatorischen Charakter? Versetzte Benedetti König Wilhelm nicht in eine Zwangssituation, ihn begrüßen und anhören zu müssen, indem er sich in Ems so auf der Promenade aufstellte, daß ihm der König unmöglich höflich ausweichen konnte? Man sehe sich das auch einmal an Ort und Stelle an. Über *Das Reich unter der Führung Bismarcks, 1871—1890* hat neuestens *Theodor Schieder* einen sehr klaren und schönen Überblick gegeben<sup>16)</sup>. Wer sich über den Rückversicherungsvertrag äußert und von ihm etwa sagt, er widerspreche dem Geiste nach dem Zweibund, der sollte doch zur Kenntnis nehmen, daß diese die Sachlage verzerrende Auffassung auf das von Holstein inspirierte Gutachten des Unterstaatssekretärs von Berchem gegen den Rückversicherungsvertrag und seine Erneuerung vom 25. März 1890 zurückgeht. Die beiden Bände von *Otto Becker*, «*Bismarcks Bündnispolitik*» (Berlin 1923) und «*Das französisch-russische Bündnis*» (Berlin 1925) sind für die genaue aktenmäßige Interpretation dieser Vorgänge heute noch unentbehrlich<sup>17)</sup>.

Schließlich scheint an Bismarck der Vorwurf haften zu wollen, er habe dem Deutschen Reiche eine Verfassung gegeben, die das persönliche Regiment Wilhelms II. möglich gemacht habe, und er habe eine Außenpolitik geführt, die keiner nach ihm übernehmen konnte, weil sie viel zu kompliziert gewesen sei. In Tat und Wahrheit war sie einfach, und Bismarck erklärte sie vor aller Öffentlichkeit in seinen Reichstagsreden, besonders in derjenigen vom 6. Februar 1888. In ihr warnte er Rußland und Österreich unmißverständlich vor jedem Abenteuer im Balkan, ja er zwang die beiden befreundeten Mächte, gegeneinander Frieden zu halten, indem er es wagte, sich keinem der beiden auf Gedeih und Verderben zu verschreiben, sondern unabhängig zu bleiben und zu erklären, nur dem Angegriffenen die deutsche Hilfe zu bringen. Seit Churchill wissen wir es wieder, daß jede aus Befürchtungen und Furcht geführte Politik falsch, nur eine furchtlose und unabhängige Haltung richtig ist. Deshalb durfte Bismarck in jener Rede sagen: «Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt.» Die Geschichtswissenschaft muß heute sagen können, ob dieser Satz eine Phrase oder ob er ganz echt und ganz wahrhaftig war.

*Reinold von Thadden-Trieglaff*, der heute als Präsident des

Deutschen Evangelischen Kirchentags in vorderster Front für die christliche Erneuerung auch des politischen Lebens in Deutschland kämpft, stellt sich die Frage: «War Bismarck Christ?» und glaubt sie nur für den ersten Artikel des Glaubensbekenntnisses, für seinen Glauben an Gott, den Vater, ohne Einschränkung bejahen zu dürfen, da sich Bismarck äußerst wenig über Christus geäußert und sich der Kirche gegenüber eher ferngehalten habe<sup>18</sup>). Leider ist das Buch von *Carl Schweitzer, Bismarcks Stellung zum christlichen Staat* (Berlin 1923), fast vergessen worden. Seine Kenntnis hätte die Bismarck-Literatur vor vielen Fehlurteilen und ungewollten Irrtümern bewahrt. Die Forschungen *Arnold Oskar Meyers* zeigen untrüglich, daß Bismarcks Glaube seit 1846 ständig in ihm lebendig war und sein Verantwortungsgefühl wach hielt. Wenn Bismarck im Juni 1890 seinem Jugendfreund, dem Grafen Alexander Keyserling, gegenüber sagte, er sei während der Kämpfe der letzten Jahre Christus ferner gerückt, so zeigt das nur seine Gewissenhaftigkeit, mit der er die Gewißheit seines Glaubens ständig prüfte<sup>19</sup>). Daß er der Kirche keineswegs ferngestanden hat, betont mit Recht *Karl Kupisch*<sup>20</sup>). In die Tiefe des Problems führt neuerdings wieder *Otto Voßler*<sup>21</sup>). Bismarck weiß als wirklichkeitsnaher Mensch, daß keiner die absoluten Gebote der Bergpredigt erfüllt, daß also der Versuch «christlicher Politiker», wie es die Gerlach sein wollen, unausweichlich zu einer Selbsttäuschung oder zu einem unklaren Kompromiß führt. Bismarck unterscheidet immer wieder klar, wie schon Carl Schweitzer gezeigt hat, zwischen jener Welt des Reiches Gottes und dieser Welt, da die Sünde über uns mächtig ist und wir unsere Schuld auf uns nehmen müssen in der Gewißheit der Gnade. Das Wissen um Sünde und Schuld bewahrt aber gerade vor Leichtfertigkeit, vor Frivolität und Zynismus, obschon sich Bismarck gewiß nicht immer davon frei halten konnte, es bewahrt auch vor einem schwärmerischen Optimismus und Glauben an die Weltverbesserung, ohne je den Stachel des wahren Gebotes Gottes und damit der tiefsten und unausweichlichen Verantwortlichkeit zu mißachten. Der «rücksichtslose», der «gewissenlose» Realpolitiker Bismarck war zeit seines politischen Handelns stets gewissenhafter als alle diejenigen, die glaubten, in irgend einem direkten Sinne tatsächlich eine christliche, d. h. eine von hingebender Liebe geleitete Politik zu treiben. Eine solche würde auch heute noch dem wirklich gewissenlosen Machthaber alle gewalttätige Herrschaft über die Welt möglich machen und offen lassen. Sie wäre gerade den Schwachen und Schutzbedürftigen gegenüber grauenhaft unverantwortlich. Von diesen Voraussetzungen aus hat neuerdings *Wilhelm Schübler* in einer Sammlung von Vorträgen die Grundprobleme der deutschen und der menschheitlichen Geschichte in großartiger Schau und in tiefem Verantwortungs-

bewußtsein zu klären versucht<sup>22</sup>). Arnold Oskar Meyer hatte die Problematik vielleicht nicht in ihrer vollen Schärfe gesehen. Für ihn war die Politik Bismarcks ganz direkt aus Gottvertrauen geführt und damit gerechtfertigt. Heute erkennen wir, daß sich Bismarck selbst über die Fragwürdigkeit des politischen Handelns im klaren war und um die Gnade Gottes um Christi willen betete, um es im Dunkeln überhaupt aushalten zu können. Dadurch glaubte er sich aber nie dispensiert von der täglichen Pflicht, das Rechte zu tun, es seinem König und Kaiser möglich zu machen, das Recht zu schützen, indem er Preußen und Deutschland wahrhaft unabhängig machte, dann aber wußte, daß die Macht der Mitte die Pflicht hat, durch ihre Macht und ihr Gewicht in der Waagschale der Weltmächte den Frieden zu erhalten.

#### NACHTRAG

Nachdem diese Sammelbesprechung gesetzt war, trafen zwei Publikationen ein, die wir nicht übergehen dürfen.

Karl Griewank, *Das Problem des christlichen Staatsmannes bei Bismarck* (Schriften der Evangelischen Forschungsakademie Ilsenburg), Wichern-Verlag, Berlin 1953, sucht die Aufgabe gleichsam von außen zu lösen. Er trennt zu stark das persönliche Glaubensleben Bismarcks vom Wirken des Staatsmannes und beurteilt letzteres zu sehr nach den üblichen Schablonen. Zuletzt meint er, Bismarck habe doch den «Anstoß und das Vorbild für Entartungserscheinungen, die wir schauernd erlebt haben», gegeben.

Die oben erwähnte Anthologie von Hans Rothfels ist nun in neu bearbeiteter Auflage erschienen: *Bismarck und der Staat*. Ausgewählte Dokumente, eingeleitet von Hans Rothfels. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1954. Rothfels beginnt mit dem Satz: «Daß Bismarcks Politik und die Anschauungen, die in ihr zum Ausdruck kommen, durch eine tiefe Kluft getrennt sind von allem, was der Führer des 3. Reiches tat und dachte, wird ernsthaft heute wohl kaum bestritten werden.» In überlegener Offenheit und Freiheit, ohne jedes Ressentiment, aus der Einsicht des wahrhaft weisen Forschers gibt der deutsche Historiker, der zur Hitlerzeit Professor in Chicago war und jetzt in Tübingen wirkt, ein meisterhaftes Charakterbild Bismarcks, korrigiert zuerst das übliche Zerrbild vom «Junker», betont den «echt religiösen Gehalt des Bekehrungsvorganges», zeigt in der Folge, wie die Verantwortung vor Gott Bismarck stets letzte Richtschnur seines Handelns war und erörtert dann die Fragen des politischen Lebens, das Verhältnis von Außen- und Innenpolitik, die Ablehnung des Nationalismus bei Bismarck, seine europäische Verantwortlichkeit, die Entschlossenheit zum Bürgerkrieg 1866, die mit derjenigen Abraham Lincolns verglichen werden muß, wie auch die Stellung des Königs gegenüber dem Parlament mit derjenigen des amerikanischen Präsidenten zu vergleichen ist; die später friedliche Außenpolitik genügt Rothfels nicht zum Verständnis des Reichskanzlers, auch seine Innenpolitik, der Kulturkampf wie der Kampf gegen die Sozialisten und für die Arbeiter durch die Sozialpolitik, hat ihre guten Gründe. Rothfels schließt mit dem Hinweis darauf, daß es Bismarck irgendwie klar gewesen ist, daß das revolutionäre Prinzip, vertreten durch die Liberalen, die Nationalisten und die Sozialisten, in Gefahr war, jede Vielheit und Mannigfaltigkeit, jeden

Föderalismus, auch das vielgestaltige Gefüge des europäischen Staaten- und Völkerlebens, zu gefährden. Wir möchten wünschen, daß diese Auswahl wieder Bismarck-Lesebuch jedes Gebildeten werden wird; es vermag die immer noch so oft anzutreffenden Vorurteile dank seiner unbestechlichen Sachlichkeit zu überwinden.

<sup>1)</sup> Schweizer Monatshefte, 31. Jg., November 1951. <sup>2)</sup> Erich Eyck, *Bismarck*, 3 Bde. Eugen Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1941, 1943 und 1944. <sup>3)</sup> Arnold Oskar Meyer, *Bismarck. Der Mensch und der Staatsmann*. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. K. F. Koehler Verlag, Stuttgart 1949. <sup>4)</sup> Wolf Ulrich von Hassell: Besprechung des I. Bandes von Eyck, Schweizer Monatshefte, 21. Jg., März 1942, S. 660—662. — Ders., «Bismarck», Besprechung von Bismarck-Literatur, u. a. des II. Bandes von Eyck, Schweizer Monatshefte, 24. Jg., Juli 1944, S. 245 bis 247. — Entgegnung von Eyck: Schweizer Monatshefte, 25. Jg., Juli/August 1945, S. 330—331. — Hans Rothfels, *Problems of a Bismarck-Biography*, in: *The Review of Politics*, vol. IX, July 1947. Deutsch: *Probleme einer Bismarck-Biographie*, in: *Deutsche Beiträge*, Heft 2, 1948. — Gerhard Ritter, *Das Bismarck-Problem*, Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, IV. Jg., Juni 1950, S. 657—676. — Wilhelm Mommsen, *Der Kampf um das Bismarck-Bild*, Universitas, Heft 3, März 1950, S. 273—280. — Andreas Dorpalen, *The German Historians and Bismarck*, *The Review of Politics*, January 1953, S. 53—67. — Vgl. folgende Anm. <sup>5)</sup> Franz Schnabel, *Das Problem Bismarck*, Hochland, Oktober 1949, S. 1—27. — Ders., *Bismarck und die Nationen*, *La Nouvelle Clio*, vol. 1, 1949. — Entgegnung von Wilhelm Schüßler, *Noch einmal: Bismarck und die Nationen*, *La Nouvelle Clio*, vol. 2, September 1950, S. 432—455. — Alfred von Martin, *Bismarck und wir. Zur Zerstörung einer politischen Legende*, *Der Monat*, 2. Jg., Heft 20, 1950, S. 215—216. Diesem Aufsatz fehlt leider die Sachlichkeit, welche einem so ernsten und schwierigen Problem gegenüber unerlässlich ist. Leider muß das auch von dem Buche von Robert Saitschick, *Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes*, Ernst Reinhardt Verlag A.G., Basel 1949, gesagt werden. Mit ihm sich auseinanderzusetzen wäre nur möglich, wenn wir Seite für Seite die Dinge richtigstellen würden. Dagegen ist sachlich wertvoll der ebenfalls von katholischer Seite aus geschriebene Aufsatz von Emil Franzel, *Das Bismarckbild unserer Zeit*, *Neues Abendland*, Juni 1950, S. 223—230. Die notwendigen Einwände hat gegeben: Franz Robert Ingram, *Gespräch um Bismarck*, *Neues Abendland*, Juli 1950, S. 289. Emil Franzel anerkennt sie weitgehend in einer kurzen Replik, ebenda S. 289—290. <sup>6)</sup> *Bismarcks Glaube*. Nach neuen Quellen aus dem Familienarchiv. 2. Aufl. München 1933, 5. Aufl. 1942. <sup>7)</sup> Erich Marcks, *Bismarck. Eine Biographie; 1815 bis 1851*. Neuauflage besorgt von Willy Andreas, Stuttgart 1951. <sup>8)</sup> Otto Becker, *Bismarcks Kampf um die Eingliederung der Hansestädte in die Zolleinheit* (Sonderdruck aus: *Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig*. Lübeck 1953). <sup>9)</sup> Otto Becker, *Wie Bismarck Kanzler wurde* (Sonderdruck aus: *Beiträge zur deutschen und nordischen Geschichte. Festschrift für Otto Scheel*. Kiel 1952). Das größere Werk von Otto Becker, *Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung 1848—1898*, hätte bei Köhler und Amelang in Leipzig erscheinen sollen. Der schon begonnene Druck wurde während des Krieges zerstört. Wir möchten auch an dieser Stelle dem Buche des so sachkundigen Forschers baldiges Erscheinen wünschen. <sup>10)</sup> Fritz Hartung, *Bismarck und Graf Harry Arnim* (*Historische Zeitschrift* 171, München, Januar 1951). <sup>11)</sup> Bismarck, *Die gesammelten Werke*, Bd. 10, *Reden, 1847—1869*, hg. von Wilhelm Schüßler, Berlin 1928, S. 140. <sup>12)</sup> Siegfried A. Kaehler, *Realpolitik zur Zeit des Krimkrieges — Eine Säkularbetrachtung* (*Historische Zeitschrift* 174, München, Oktober 1952. Meinecke-Sonderheft). <sup>13)</sup> Otto Becker, *Der Sinn der dualistischen Verständigungsversuche vor dem Kriege 1866* (*Historische Zeitschrift* 169, München, August 1949). <sup>14)</sup> Ritter im oben genannten Aufsatz. Wilhelm Schüßler, *Um das Geschichtsbild*

(Glaube und Forschung. Veröffentlichungen des Christophorus-Stiftes in Hemer, Bd. 5, Gladbeck 1953). <sup>15)</sup> Jacques Droz, Lucien Genet et Jean Vidalenc, *L'Époque Contemporaine I: Restaurations et Révolutions (1815—1871)* (Clio: Introduction aux études historiques IX, Paris 1953). <sup>16)</sup> Sonderdruck aus Rassow, «*Deutsche Geschichte*», Stuttgart 1953. Ferner: Theodor Schieder, *Bismarck und Europa*. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem (aus: Deutschland und Europa. Festschrift für Hans Rothfels, hg. von W. Conze, Düsseldorf 1951). Darin zeigt Schieder, wie Bismarck schon in den 50er Jahren Preußen als europäische Großmacht geführt wissen wollte, die sich der Verantwortung für das allgemeine Geschehen, da sie «in der Mitte von Europa» liegt, nicht entziehen könne. Bismarck wollte «Europa nicht als solidarische Rechtsmacht» verstanden haben, was es ja auch gar nicht war, anerkannte aber ein «Mächteeuropa als politisches Kraftfeld», in welchem notwendig die Interessen jeder einzelnen Macht begrenzte sein mußten. — Leider steht der Aufsatz von Friedrich Setzer, *Bismarck — der letzte europäische Staatsmann* (Militärpolitisches Forum, 2. Jahrgang, Nr. 4, Günzburg, April 1953) nicht auf dieser Höhe. Die Bezeichnung Bismarcks als «letzten» europäischen Staatsmann und die Benennung von Churchill und Roosevelt als «Abenteurer» nehmen den an sich brauchbaren Beobachtungen über Bismarck ihr Gewicht als historisches Urteil. <sup>17)</sup> Die These von der «Untreue» Bismarcks gegen Österreich, die im Rückversicherungsvertrag mit Rußland von 1887 liegen soll, verfiert Eyck bis in sein Buch über Wilhelm II. hinein. Wie Schüßler (Um das Geschichtsbild S. 143) zeigt, hätte Eyck längst in dem Aktenwerk «Die große Politik» die Aufzeichnung Bismarcks finden können, daß Bismarck den Vertrag nur auf russischen Wunsch geheimhalten mußte. Er hätte ihn gern den Wiener Stellen bekannt gegeben, um ihnen zu zeigen, daß der Zweibund von 1879 wirklich nur defensiv gemeint war. Ja Bismarck sagt sich, daß Kaiser Franz Joseph sogar froh sein würde über das deutsch-russische Bündnis, da dadurch die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses ausgeschaltet war. <sup>18)</sup> Reinold von Thadden-Trieglaff, *Der junge Bismarck*. Eine Antwort auf die Frage: War Bismarck Christ? Furche-Bücherei 83, Hamburg 1950. <sup>19)</sup> *Bismarcks Glaube im Selbstzeugnis* (Sonntagsblatt, hg. von Hanns Lilje, Nr. 41, 1951). Vgl. Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 9, Gespräche 3. Bd., hg. von Willy Andreas, Berlin 1926, S. 54: «Leider sei er während der Kämpfe der letzten Jahrzehnte dem Herrn fernergerückt — gerade jetzt in der schweren Zeit, die er durchlebe (nach der Entlassung), empfinde er diese Ferne schmerzlichst. Er habe aber Gott gebeten, ihn nicht von der Erde zu nehmen, ohne ihm die innige Stellung zu Christo wiedergegeben zu haben; er hoffe, in der Zurückgezogenheit den alten, kostbaren Besitz im Zusammenleben mit seiner Johanna zu erlangen.» Wer kann angesichts eines solchen Zeugnisses tiefer Frömmigkeit noch weiter nach der Echtheit des Glaubens fragen? <sup>20)</sup> Karl Kupisch, *Der Staatsmann und die Kirche*, Sonderausgabe aus: Theologia Viatorum 1952. Berlin. <sup>21)</sup> Otto Voßler, *Bismarcks Ethos* (Historische Zeitschrift 171, München, März 1951). <sup>22)</sup> Wilhelm Schüßler, *Um das Geschichtsbild*, vgl. Anm. 14. Derselbe: *Die politischen und sozialen Entscheidungen des Protestantismus im 19. Jahrhundert* (Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 8, Stuttgart 1953). Als wertvolle Würdigungen des Bismarck-Problems seien noch genannt: Walter Bußmann, *Gedanken zum Bismarck-Bild der Gegenwart*. Eine Ansprache, gehalten in Friedrichsruh anlässlich der Wiedereröffnung des Bismarck-Museums am 2. Dezember 1950. — Leo Just, *Bismarck*, Estratto dall'opera «Questioni di Storia Contemporanea», Volume III, Parte Seconda, Milano 1953. — Rudolf Baumgardt, *Bismarck, Licht und Schatten eines Genies* (München-Wien 1951) und Richard Sexau, *Kaiser oder Kanzler, Historische Szenen* (50. Tausend, München 1952), versuchen, in belletristischer Form Bismarck einem größern Leserkreis nahezubringen. Das Buch von Baumgardt behandelt das ganze Leben Bismarcks in Bildern. Es muß abgelehnt werden, weil es den Anstand im Ton und die sachliche Sauberkeit vermissen läßt,

die bei aller Freiheit des Schriftstellers unerlässlich ist. Sexau schildert die Zeit von 1886 bis 1890. Ihm gelingen eindrucksvolle Szenen. Das Ganze ist vom Willen zur geschichtlichen Wahrheit erfüllt, aber die persönlichen Dinge treten doch in dieser Form zu stark hervor, und die geschichtlichen Zusammenhänge sind nicht eigentlich erfaßt und gedeutet, wenn auch gut angedeutet. Leider gibt Sexau das entscheidende Wort vom 6. Februar 1888 immer noch unvollständig. Sehr gut zeigt er am Schluß, wie Holstein die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages hintertrieben hat.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Die militärische und politische Bedeutung des Falles des heldenhaft verteidigten *Dien Bien Phu* (DBP) ist in der gesamten Weltpresse hervorgehoben worden. Die historische Bedeutung des Ereignisses rechtfertigt es, eine Anzahl von Pressestimmen der westlichen Welt zu registrieren. Am Schluß werden noch einige Urteile aus Ostberlin wiedergegeben.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10. 5.): «Die politischen Ziele der Regierung und die militärischen Ziele der Generale sind nicht aufeinander abgestimmt. Die Strategie, die aber sowohl aus politischen wie aus militärischen Elementen besteht, mußte deshalb zu kurz kommen und sowohl die militärische Niederlage einleiten wie die politische Aussichtslosigkeit vergrößern, aus der Sackgasse des Krieges im Fernen Osten herauszukommen.» — *Frankfurter Rundschau* (10. 5.): «Die Vermutung liegt nahe, daß Navarre diesmal die militärische Zweckmäßigkeit der politischen Notwendigkeit opfern mußte. ... Allerdings sind auch die Aussichten für Ho Chi Minh, als militärischer Sieger hervorzugehen, gering. In den beiden Brückenköpfen um Saigon und Hanoi sind die französischen Truppen nach dem derzeitigen Stand unschlagbar. Im freien Feld des Küstenvorlandes kann ihre moderne Bewaffnung voll wirksam werden, und der Nachschub über See ist nicht gefährdet. Dieses militärische Remis (auch wenn es offiziell noch nicht

zugegeben wird) bietet die Grundlage für eine politische Lösung auf der Genfer Konferenz — sofern man die Anerkennung eines Status quo als Lösung bezeichnen will.» — *Der Tagesspiegel* (Berlin 8. 5.): «Hätte DBP gerettet werden können? Ein Bombergeschwader hätte wahrscheinlich genügt, die Belagerer zu vertreiben; aber in ganz Indochina haben die Franzosen nur hundert Bombenflugzeuge, und eine ‚begrenzte gemeinsame Aktion‘ des Westens, um die Frankreich zuletzt noch bat, ist nicht zustande gekommen, nicht nur weil die Verbündeten Amerikas zögerten, sondern auch weil Dulles selbst in Amerika nicht den nötigen Rückhalt fand. Vielleicht hätte schon die Drohung mit einer gemeinsamen Entsatzaktion die Vietminh eingeschüchtert. Zu dieser Drohung konnte man sich jedoch eben nicht aufraffen, und das hat dem Westen mehr geschadet als der Fall von Dien Bien Phu.» — *Telegraph* (Berlin, 8. 5.): «DBP wird in die Geschichte eingehen, als der hoffentlich letzte jener tragischen Denkfehler, die politisches Prestige den Erfordernissen militärischer Taktik und dem Gebot menschlicher Vernunft überordnen. Wenn die Welt diese Lehre aus DBP zieht, dann hat der Todeskampf dieses Fleckens wenigstens einen Sinn gehabt.» — *Telegraf* (Berlin, 9. 5.): «Die Entscheidung von DBP wird die Beratungen in Genf überschatten, die ohnehin mit der Hypothek belastet sind, daß dem Block der kom-



# BISMARCK-FORSCHUNG UND BISMARCK-PROBLEM

*Zu den Ausführungen von Prof. von Muralt im Juniheft (S. 148 ff.) erhalten wir folgende Erklärung von Dr. Eyck:*

Der schroffe und kränkende Angriff des Herrn von Muralt auf meinen «Bismarck» im Juniheft der «Schweizer Monatshefte» erreicht mich während eines Erholungsurlaubs fern von London und meinen Büchern. Seine Kritik ist aber so vage, daß ich keine Bücher brauche, um ihm zu antworten. Ohne jeden Versuch eines Beweises wirft er mir drei schwere Fehler in der Benutzung und Verwertung der Quellen vor. Ich bestreite rundweg, daß ich die Quellen anders als mit kritischer Sorgfalt verwendet habe, und setze hinzu, daß auch in all den Erwiderungen auf mein Buch, die mir zu Gesicht gekommen sind, nicht ein einziges Beispiel des Mißbrauchs oder der Entstellung einer Quelle zu Tage getreten ist. Da Herr von Muralt sich auf den Aufsatz Gerhard Ritters im «Deutschen Merkur» beruft, halte ich mich für berechtigt, mitzuteilen, daß ich Herrn Prof. Ritter sogleich in einem ausführlichen Schreiben zahlreiche Fehler in der Wiedergabe meiner Darstellung nachgewiesen habe. In seinem Antwortbrief, der ebenso höflich gehalten war wie mein Brief, hat Herr Prof. Ritter diese Antikritik keineswegs zu widerlegen vermocht. Daß die Öffentlichkeit davon nichts erfahren hat, ist nicht meine Schuld.

Selbstverständlich bestreite ich nicht, daß man in manchen Fällen die Quellen auch anders interpretieren kann, als ich es getan habe. Bei einer so komplizierten Gestalt von welthistorischer Größe, wie Bismarck, kann das gar nicht anders sein. Ich brauche Herrn von Muralt nicht darüber zu belehren, daß das nicht der einzige Fall in der Geschichtschreibung ist. Deswegen sollte man aber die Methode und die Motive des anderen nicht so entstellen, wie er mir gegenüber es für erlaubt hält.

Er wirft mir vor, in meinen Augen «war es Bismarcks schwerste Sünde, daß er ein preußischer Landjunker war» (S. 153). So etwas habe ich nie gedacht, geschweige denn geschrieben. Etwas ganz anderes — und durchaus Notwendiges — ist es, den Einfluß festzustellen, den Bismarcks, durch seine Abkunft begründete und mit Bewußtsein betonte und festgehaltene, Zugehörigkeit zum Junkertum auf seine Politik gehabt hat. Dazu muß man allerdings eine klarere Vorstellung vom Wesen des preußischen Junkertums und seinem Einfluß auf die preußische und deutsche Geschichte haben, als Herr von Muralt sie ausweislich seiner Ausführungen über Gutsbetrieb und staatspolitische Ordnung besitzt.

In seiner unbedingten Bismarck-Verehrung versucht Herr von Muralt sogar für sein Sozialistengesetz Entschuldigungsgründe zu finden. Da hört für mich die Diskussion auf.

Ich empfehle Herrn von Muralt, die soeben veröffentlichten Briefe Theodor Fontanes an Georg Friedländer (Quelle & Meyer, Heidelberg) zu lesen. Fontane war von Haus aus ein preußischer Konservativer und ein erklärter Gegner des «Fortschrittleriums». Aber in diesen vertraulichen Briefen äußert er sich über Bismarck, sein Regime und dessen Folgen, sowie über die preußischen Junker mit einer Schärfe, die alles, was ich geschrieben habe, weit hinter sich läßt. Vgl. besonders S. 125, 70, 77, 84, 133, 149.

Auf diese kurze Zurückweisung möchte ich mich heute beschränken. Ich glaube auch nicht, daß ich mich noch in weitere Polemik einlassen werde. Wenn man das sechsundsiebzigste Lebensjahr erreicht hat, muß man mit dem bißchen Zeit und Kraft, das noch geblieben ist, haushalten, um die positiven Arbeiten zu vollenden, die man sich noch vorgenommen hat.

*Erich Eyck, Dr. phil.*